

Protokoll der Sitzung des
Beirates Östliche Vorstadt am 2.12.2008

**Anwesend waren
vom Beirat**

Peter Rüdel
Sandra Reith
Rainer Stadtwald
Annette Wagener
Harald Deerberg
Angelika Wunsch
Steffen Eilers
Reinhard Werner
Alexia Sieling
Sabine Wohlers
Sebastian Jung
Birgit Menz
Songül Yildirim
Peter Kadach
Michael Jonitz
Daniel de Olano

vom Ortsamt

Robert Bücking - Vorsitz
Andrea Freudenberg - Protokoll

Gäste:

Herr Golasowski Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Frau Pieper Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Herr Krukemeier Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Frau Osterloh Amt für Straßen und Verkehr
Herr Steuer BSAG

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.45 Uhr

Tagesordnung:

1. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Straßenbaumaßnahme Vor dem Steintor zwischen Ziegenmarkt und Lüneburger Platz
Beschlussfassung des Beirates zu den Plänen des Bauressorts / BSAG
3. Aktuelles
4. Veränderte Festlegungen bei den Fachausschüssen, Bereich Soziales/ Bildung
5. Mitteilungen des Ortsamtes
6. Mitteilungen des Beiratssprechers
7. Verschiedenes

TOP 1

- Unter dem Punkt Aktuelles möchten zwei Bewohnerinnen aus dem Steintor den Beirat zum Thema Mobilfunk und seine Gefahren informieren.

- **Herr Kurmis** vom Blumengeschäft Lauprecht spricht die Polizeimaßnahmen gegen die Frankfurter Fußballfans am Samstag den 29.11.2008 an. Aufgrund der Maßnahmen sei

die Straße Vor dem Steintor über lange Zeit für den Individualverkehr und ÖPNV gesperrt gewesen. Herr Kurmis bittet um Informationen zum Einsatz der Polizei. Auf Vorschlag des Beirates wird sich das Ortsamt mit der Einsatzleitung der Polizei in Verbindung setzen.

- **Herr Schäfer** aus der Römerstraße spricht die Verkehrssituation in seiner Straße an. Er bezieht sich auf sein Schreiben an die Behörden und erwarte nun eine Stellungnahme von den zuständigen Behörden einschließlich Ortsamt.
Herr Bücking teilt mit, dass sich der Bauausschuss erst am 9.12.2008 mit der Sache befassen werde.

TOP 2

Einleitend erläutert **Herr Golasowski** allen Anwesenden die Position des Bauressorts. Um die Situation für die Radfahrer zu verbessern und für den Lärmschutz etwas zu tun, habe sein Ressort den Vorschlag gemacht, die Straße zwischen Ziegenmarkt und Lüneburger Platz zu asphaltieren und die Bürgersteige zu verbreitern (die Planung wurde in der Beiratssitzung am 9.9.2008 erläutert).

Herr Rüdell stellt fest, dass er heute eine Mischposition vertrete. Auf der einen Seite sei er als Grüner für eine einheitliche Pflasterung der Straße. Als Beiratssprecher müsse er gleichzeitig den Kompromissvorschlag vertreten. Dieser sei nötig geworden, nachdem die Vorstellungen des Beirates und des Bauressorts weit auseinander lagen. Deshalb sei nun der vorliegende Beschlussantrag im Beirat erarbeitet worden.

Herr Rüdell nennt die einzelnen Maßnahmen, die im folgenden Antragstext benannt sind:

1.
Aus städtebaulichen Gründen soll der gesamte Straßenzug Vor dem Steintor zwischen Ziegenmarkt und Lüneburger Platz weitgehend in seinem jetzigen Bild wiederhergestellt werden.

In den Schienenspuren soll es für Radfahrer/innen einen Streifen aus einem glatten, dem Pflaster farblich angepassten Material geben. Die Materialauswahl wird der Beirat mit den Fachleuten aus der Verwaltung abstimmen.

2.
Der Beirat tritt dafür ein, mindestens zwei weitere Querungsmöglichkeiten für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen zu schaffen. Die Lage und Ausbildung erfolgt in Abstimmung mit dem Landesbehindertenbeauftragten.

Darüber hinaus sollen ein Behindertenparkplatz am Ziegenmarkt und weitere Fahrradabstellplätze an geeigneter Stelle geschaffen werden.

3.
Für den ganzen Straßenzug zwischen Sielwall und Lüneburger Platz befürwortet der Beirat die Einrichtung einer Begegnungszone nach Schweizer Vorbild.

Als ersten Schritt zur Verwirklichung dieses Konzepts fordert der Beirat die Einrichtung einer Tempo - 20 – Zone (verkehrsberuhigter Geschäftsbereich.)

Herr Brandt, Inhaber des gleichnamigen Schuhhauses, erwartet eine Gleichbehandlung mit dem Ostertorsteinweg und keine optische Veränderung für den Teilbereich des Steintors. Bei der Entscheidung über den Straßenbelag im Steintor müssen dieselben Kriterien Anwendung finden wie im Ostertor.

Mit dem Vorschlag des Beirates sei die Unfallgefahr für die Radfahrer nicht gelöst. **Herr Schafheitlin** bestätigt die Aussage von Herrn Brandt. Das Queren der Schienen sei das Problem für die Fahrradfahrer.

Herr Werner stellt fest, dass es keine Einheitlichkeit aufgrund der unterschiedlichen Breiten des Straßenzuges geben könne. Aber ein einheitlicher Eindruck solle geschaffen werden. Die Gefahren für die Radfahrer müssen minimiert werden und das werde mit dem Kompromissvorschlag erreicht.

Aus dem Publikum gibt es etliche Wortmeldungen zur Situation der Radfahrer. Durch Slalomfahren, Queren der Schienen, Rutschgefahr durch nasse Fahrbahn, gefährliche Überholmanöver durch Autofahrer etc. müsse den Radfahrern im Straßenzug mehr Sicherheit eingeräumt werden.

Frau Claasen vom Quartiersmanagement vertritt die Meinung: Das Viertel sei ein Zwei-Kilometer langes Kleinod, das es so nicht ein zweites Mal in gebe Bremen. Wenn ein Teil der Meile abgetrennt werde, dann sei das ein Fehler, der nicht wieder gut zu machen sei.

Die **IGV** fordert in ihrer schriftlichen Stellungnahme ein einheitliches Gesamtbild des Straßenzuges im Ostertor und Steintor. Der Erfolg eines Standortes hänge neben dem Besatz von Einzelhandel und Gastronomie wesentlich vom baulichen Gesamteindruck ab. Im Ostertorsteinweg führte die Diskussion zu einer gepflasterten Straßenoberfläche. Gleiches gelte für die gesamte Straße vor dem Steintor.

Herr Böhme spricht für eine einheitliche Pflasterung des gesamten Straßenzuges. Der Beirat habe sich vor einigen Jahren für eine Pflasterung ausgesprochen. Nun möchte er wissen, ob man sich auf politische Beschlüsse nicht mehr verlassen könne? Darauf erwidert **Herr Werner**, dass die anstehende Baumaßnahme nicht mit der Situation vor fünf Jahren zu vergleichen sei. Verschiedene Aspekte, die auch mit Lärmschutz und Sicherheit der Radfahrer zu tun haben, seien zu berücksichtigen.

Frau Kummer und **Frau Krusche**, Bürgerschaftsabgeordnete, beziehen sich auf den im Jahre 2003 einstimmig gefassten Beschluss, in dem sich die Baudeputation für Kopfsteinpflaster auch für den gesamten Straßenzug vor dem Steintor ausgesprochen habe. Eine schwierige Diskussion zum Pflaster und Asphalt habe sich angeschlossen. Nachträglich sei seinerzeit ein Streifen im Kreuzungsbereich Sielwall, wegen der zahlreichen Fahrradunfälle, asphaltiert worden. Mittlerweile werde eine erhebliche Debatte zur Lärmproblematik geführt. Ein Kompromiss müsse gefunden werden, mit dem alle leben können.

Herr Deerberg wie auch **Herr Stadtwald** werben für den vorliegenden Kompromissvorschlag. Jetzt gehe es um die Ausgestaltung, welches Material werde für die Oberfläche der Gleisspur gewählt, um eine stadtbildgestalterische annehmbare Lösung zu finden.

Frau Menz erwartet, dass sich die Bürger ihre Straße zurückerobern, das sei die Chance für die Begegnungszone. Eine Aufwertung des Straßenzuges müsse erreicht werden.

Für **Herrn de Olano** ist die Einführung einer Begegnungszone der politische Wille des Beirates. Mit der Einführung einer Tempo -20 - Zone im Bereich zwischen Sielwall und Lüneburger Platz und den anderen geforderten Maßnahmen könne er dem Kompromiss zustimmen, auch wenn sein Herz für Pflaster schlage.

Frau Schnell, Haus im Viertel, stellt fest, dass sich die Bewohner vom Haus im Viertel in ihren Diskussionsrunden auf den Kompromiss geeinigt hätten, wie heute vom Beirat vorgeschlagen. Bessere Überwege müssen geschaffen und die Fahrgeschwindigkeit der Kraftfahrzeuge reduziert werden.

Herr Heinzelmann spricht von einem „faulen“ Kompromiss und lehnt die Asphalt-ähnliche Spur ab. Warum müssen die Straßenspuren mit unterschiedlichen Materialien angelegt werden? Eine Reduzierung des Tempos des Fahrzeugverkehrs sei wichtig und müsse baulich durchgesetzt werden, dann brauche man auch keine Verkehrskontrollen.

Herr Bücking appelliert an die Anwesenden. Es sei ein Kompromiss gefunden worden, der nicht kaputt geredet werden solle. Es gäbe, so hätte es das Hearing und die große Beirats-sitzung zum Thema gezeigt, eine Reihe schwer zu entscheidender Zielkonflikte in der Straße. Sicherheit des Radverkehrs, Belange der Behinderten, Lärmschutz, Städtebauliche Qualität und historisches Ortsbild. Man müsse sich an den Gegebenheiten der Straße orientieren. Die Straße sei an vielen Stellen schmaler als der Ostertorsteinweg. Namentlich bei den Parkbuchten sei es nicht möglich einen durchgehenden Kleinpflasterstreifen wie am Ostertorsteinweg zu schaffen. Hier fehlen 50 cm. Die Fußwege können nicht schmaler gemacht werden, weil es die Kosten sprengen würde, da zahlreiche Versorgungsleitungen im Fußwegbereich untergebracht seien. Die Straße soll wieder gepflastert werden. Nur die zwei Streifen zwischen den Schienen bekommen einen glatten Belag, damit den Radfahrern ein leichteres Fahren ermöglicht werde.

Bevor der Beirat zur Abstimmung kommt, gibt **Herr Golasowski** seine Einschätzung zur Realisierbarkeit der aufgestellten Forderungen:

Die Umsetzung des Antrags-Punktes 2 (Querungshilfen, Fahrradabstellplätze, Behindertenparkplatz) sei kein Problem.

Der Wunsch nach einer Begegnungszone sei wahrscheinlich nicht umsetzbar. Die StVO lasse Verkehrsversuche zu, aber nicht außerhalb des geltenden Verkehrsrechts. Das sei nur in Straßen mit übermäßig vielen Unfällen möglich.

Die Einführung einer Tempo-20-Zone im Steintor müsse er ablehnen, weil dann die Straßenbahn zu langsam wäre, um den Fahrplan einzuhalten. Zur Kompensation müsse dann ein weiterer Wagen eingesetzt werden. Dies koste mehr als zwei Millionen Euro! Deswegen sei die Realisierung einer Tempodrosselung sehr schwierig.

Zur Frage der Materialauswahl für den Radfahrstreifen schlägt **Herr Golasowski** vor, dass die Verwaltung einen Vorschlag entwickle, der mit dem Beirat noch abgestimmt werde. Wegen der Lärmproblematik müsse geprüft werden, ob dieser Gestaltungsvorschlag zur Lärminderung beitrage.

Abstimmung im Beirat:

Es wird eine abschnittsweise Abstimmung vereinbart:

Absatz 1 wird einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen.

Absatz 2 wird einstimmig beschlossen

Absatz 3 wird mit 12 ja- Stimmen und 3 nein- Stimmen beschlossen.

TOP 3

Zwei Vertreterinnen vom BUND sehen große, gesundheitliche Probleme für die Bevölkerung, wenn weitere Mobilfunkmasten aufgestellt werden. In ihrem Vortrag informieren sie ausführlich über die Gefahren zum Thema Elektrosmog.

TOP 4

Der Beirat löst den Projektausschuss Kooperation Schule und Soziales auf.

Stattdessen wird der Ausschuss Bildung und der Ausschuss Soziales gebildet.

Die neue Regelung tritt am 4.12.2008 in Kraft.

In den **Fachausschuss Bildung** werden gewählt:

Frau Reith, Frau Wunsch, Herr Rüdell	Fraktion Bündnis 90 /Grüne
Frau Sieling, Herr Jung	SPD-Fraktion
Frau Yildirim	Fraktion Die Linke
Frau Eckert	CDU-Fraktion
Beratendes Mitglied: Herr de Olano	FDP-Fraktion

In den **Fachausschuss Soziales** werden gewählt:

Frau Reith, Frau Wunsch, Herr Rüdell	Fraktion Bündnis 90 /Grüne
Frau Wohlers, Herr Jung	SPD-Fraktion
Frau Schulz	Fraktion Die Linke
Herr Jonitz	CDU-Fraktion
Beratendes Mitglied: Herr de Olano	FDP-Fraktion

Vorsitz:

gez. Bücking

Bücking

Sprecher:

gez. Rüdell

Rüdell

Protokoll:

gez. Freudenberg

Freudenberg